

Auslegungssache

Das geltende Recht ist nicht eindeutig. Es läßt zahllose Interpretationen zu. Das Recht des Einen, ist nämlich auch das Recht des Anderen. Deshalb gibt es Rechtsanwälte und bei Gericht Richter, die je nach Argumentation der Anwälte entscheiden. Diese Entscheidungen der Gerichte sind oft nicht endgültig, sondern ziehen weitere Instanzen und damit vielleicht andere Urteile nach sich. Für meine These gibt es millionenfache Beispiele. Wie heißt es doch: "Vor Gericht und auf hoher See ist man in Gottes Hand". So auch in diesem Streitfall zwischen Herrn Bitsch und mir. Der hessische Städte- und Gemeindebund (HSGB) und Kommunalaufsicht haben die politische Dimension auf Grundlage der hessischen Gemeindeordnung (HGO) beurteilt, nicht die strafrechtliche nach dem Strafgesetzbuch (StGB). Die Stellungnahmen waren deshalb keine große Überraschung. Ein Freispruch 3. Klasse für Herrn Bitsch, ein Papyrussieg könnte man auch sagen. Es fällt bei der Beurteilung meiner Beschwerde durch Herrn Grobeis (SPD) auf, dass er sich hauptsächlich an die Interpretation der Juristin des HSGB (nicht von JuristEN, wie es mehrfach in der Presse stand) orientiert hat. Ein kluger Schachzug, denn vielleicht hätte eine andere, ehrlichere Stellungnahme bezüglich der fragwürdigen, politischen Entscheidungen seiner Höchster Parteigenossen einen innerparteilichen Streit ausgelöst. So kurz vor der Kommunalwahl und später der Bundestagswahl keine gute Idee. Auch der Partner KAH wäre mit Sicherheit nicht begeistert gewesen. Daran konnte Herr Grobeis also kein Interesse haben. Es galt und gilt zunächst den Abwärtstrend der Sozialisten zu stoppen und nicht noch zu beschleunigen ! Machterhalt ging daher vor Seriösität.

Ich halte trotz der beiden Stellungnahmen an meiner Kritik fest. Meine Vorwürfe sind beweisbar und beruhen somit auf Fakten. Hätten SPD und KAH die Eigenmächtigkeit von Herrn Bitsch kritisiert und ihm die Gefolgschaft daraufhin am 24. August verweigert (wie von der Juristin des HSGB vorgeschlagen), so hätten diese auch ihr eigenes politisches Verhalten der Vergangenheit hinterfragen müssen. Doch das wäre mit Sicherheit ein Eigentor geworden. Deshalb haben sie sich so verhalten wie in dem Märchen "Des Kaisers neue Kleider". **SPD und KAH wollten** die Eigenmächtigkeit von Herrn Bitsch 5 Jahre nach der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages und weiteren 5 Folgeverträgen **nicht sehen**. Sie handelten daher: Augen zu und durch.

"In einer Zeit des Universalbetruges ist die Wahrheit zu sagen eine revolutionäre Tat" (Georg Orwell)

Wolfgang May, Gemeindevertreter der Wende für Höchst, WfH